

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Thomas Rother, MdL
im Hause

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen: L 122
Meine Nachricht vom:

Bearbeiter/in: Uwe Eichstedt

Telefon (0431) 988-1045
Telefax (0431) 988-1298
Uwe.Eichstedt@landtag.ltsh.de

22. Oktober 2013

Haushaltsentwurf 2014
hier: Einzelplan 01 – Landtag

Sehr geehrter Herr Rother,

anliegend übersende ich Ihnen die Antworten zu den durch die

- CDU-Landtagsfraktion,
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
- Piratenfraktion

gestellten Fragen zum Haushaltsentwurf 2014.

In Abstimmung mit dem Finanzministerium übersende ich Ihnen die Antworten direkt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Prof. Dr. Utz Schliesky

Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	49, 52
Kapitel:	
Titel:	
Zweckbestimmung:	

Ansatz Ist 2012:	
Ansatz Soll 2013:	
Ansatz Soll HHE 2014:	

Frage/Sachverhalt:

Im Einzelplan 01 werden beim ULD drei neue Stellen geschaffen (2 x E13, 1 x E14).

1. Wie wird die Notwendigkeit der neu geschaffenen Stellen begründet? (bitte tabellarisch je Stelle aufschlüsseln)
2. Welche Aufgaben werden im Rahmen der neu geschaffenen Stellen wahrgenommen? (bitte tabellarisch je Stelle aufschlüsseln)
3. Entsprechen die Eingruppierungen dem aktuell geltenden tariflichen Eingruppierungsrecht? (bitte Grundlagen der Eingruppierungen aufschlüsseln)
4. Wie sind die neu geschaffenen Stellen aus Sicht der Landesregierung mit dem beschlossenen Stellenabbaupfad vereinbar?
5. Welche Personalkosten sind mit diesen neuen Stellen verbunden und in welchen Haushaltsstellen schlagen sich diese nieder?

Antwort der Landtagsverwaltung:

1. Wie wird die Notwendigkeit der neu geschaffenen Stellen begründet?

1 Stelle E14 TV-L	Das ULD weist sei vielen Jahren darauf hin, dass die durch den Haushalt ausgewiesenen Plan-/Stellen im Einzelplan 01 Kapitel 02 zu einer Erfüllung der kontinuierlich gewachsenen gesetzlichen Aufgaben nicht genügen. Seit Jahren weist das ULD auch darauf hin, dass es deshalb Beschäftigte mit regelmäßig auf ein Jahr befristeten Verträgen eingestellt hat. Das ULD beklagt seitdem, dass diese Situation eine hohe Arbeitsplatzunsicherheit bei den betroffenen Beschäftigten zur Folge hat und zu einer hohen Fluktuation in diesem Bereich führt, was sich auf eine effektive und kontinuierliche Aufgabenerledigung schädlich auswirkt. Ferner wurde im Oktober 2013 der Klage einer Beschäftigten auf Entfristung vor dem LAG stattgegeben.
1 Stelle E13 TV-L	
1 Stelle E13 TV-L	

2. Welche Aufgaben werden im Rahmen der neu geschaffenen Stellen wahrgenommen?

1 Stelle E14 TV-L	<ul style="list-style-type: none"> • Bearbeitung von allgemeinen und grundsätzlichen Datenschutzangelegenheiten in den Bereichen Kreditinstitute, Auskunfteien, Inkassounternehmen und Versicherungen, Informations- und Kommunikationsdienste, Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung • Koordination von internationalen Fragen • Beobachtung und Stellungnahme zu Entwicklungen im Bereich Datenschutz auf EU und internationaler Ebene • Weiterentwicklung des EU-Datenschutzrechts
1 Stelle E13 TV-L	<ul style="list-style-type: none"> • Leitung des Innovationszentrums Datenschutz & Datensicherheit (ULD-i) • Projektmanagement (Koordination/Planung von Projekten) • Durchführung des Finanz-Controllings und der finanziellen Abwicklung von drittmittelgeförderten Projekten und von Datenschutzaudit-Verfahren
1 Stelle E13 TV-L	<ul style="list-style-type: none"> • Mitarbeit bei der Durchführung von Gütesiegelverfahren für IT-Produkte und datenschutzrechtlich relevante Dienstleistungen • Betreuung und Abwicklung von Audit-Verfahren • Weiterentwicklung von Prüfkriterien für Produkte und Dienstleistungen im Hinblick auf IT- und Datensicherheit

3. Entsprechen die Eingruppierungen dem aktuell geltenden tariflichen Eingruppierungsrecht?

1 Stelle E14 TV-L	Für die Ausübung der übertragenen Tätigkeiten ist der Abschluss eines wissenschaftlichen Hochschulstudiums erforderlich. Insbesondere die Tätigkeit im EU- und internationalen Bereich hebt sich durch besondere Schwierigkeit und besondere Bedeutung aus der EG 13 TV-L heraus.
1 Stelle E13 TV-L	Für die Ausübung der übertragenen Tätigkeiten ist der Abschluss eines wissenschaftlichen Hochschulstudiums erforderlich.
1 Stelle E13 TV-L	Für die Ausübung der übertragenen Tätigkeiten ist der Abschluss eines wissenschaftlichen Hochschulstudiums erforderlich.

4. Wie sind die neu geschaffenen Stellen aus Sicht der Landesregierung mit dem beschlossenen Stellenabbaupfad vereinbar?

Das ULD hat in den Jahren 2008 bis 2012 durch die Erhebung von Gebühren und sonstigen Entgelten gem. § 43 Abs. 4 LDSG auf Titel 111 02 folgende Ist-Einnahmen ausgewiesen:

2008 = 337,1 T€ (Ansatz: 5,0 T€)
2009 = 229,0 T€ (Ansatz: 15,0 T€)
2010 = 210,1 T€ (Ansatz: 15,0 T€)
2011 = 340,6 T€ (Ansatz: 30,0 T€)
2012 = 215,6 T€ (Ansatz: 40,0 T€)

Durch entsprechende Haushaltsvermerke wurde ermöglicht, die Mehreinnahmen u.a. für die Beschäftigung von Aushilfskräften, die aus Titel 427 01 vergütet werden, zu verausgaben. Die o.g. Zahlen belegen, dass auch künftig mit jährlichen Mindesteinnahmen auf Titel 111 02 in Höhe von 200,0 T€ auszugehen ist. Die Ausbringung der 3 neuen Stellen ist danach kostenneutral möglich.

5. Welche Personalkosten sind mit diesen neuen Stellen verbunden und in welchen Haushaltsstellen schlagen sich diese nieder?

Die Kosten pro Stelle betragen je nach Stufenzuordnung in den jeweiligen Entgeltgruppen ca. 56,0 T€ bis 60,0 T€.

Der Haushaltsansatz 2014 für Titel 01 02 – 428 01 erhöht sich um 180,0 T€ auf 1.016,9 T€.

Der Haushaltsansatz 2014 für Titel 01 02 – 111 02 erhöht sich um 160,0 T€ auf 200,0 T€.

Der Zuschuss für das Kapitel 02 des Einzelplans 01 wird für 2014 insgesamt 1.878,1 T€ ausweisen und damit den ausgewiesenen Ansatz für das Haushaltsjahr 2013 in Höhe von 1.894,9 T€ nicht übersteigen.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	14
Kapitel:	01
Titel:	511 03
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte...

Frage/Sachverhalt:

Weshalb steigen die Ansätze für Bereitstellung und Pflege der Software sowie die technische Betreuung an?

Antwort der Landtagsverwaltung:

Die Veranschlagung ist für die Bereitstellung und Pflege u. a. folgender Software vorgesehen:

- Streaming
- AHR-Verträge (Wartungs- und Supportverträge für die Infrastruktur während des Parallelbetriebes)
- SMS2eMail
- eMail2Fax
- ePlenarprotokoll
- ePetition, Wartung
- Citrix, Wartung
- adressBLUE
- raum für raum, MediaDialog
- FKS-Raumdrucker
- InDesign, V6.0, Adobe Creativ-Suite (Erstellung von Printmedienvorlagen)

Im Rahmen der technischen Betreuung ist mit erhöhten Reparatur- und Instandsetzungsmassnahmen zu rechnen, weil vielfach keine Wartungsverträge bestehen. Aufgrund der in die Jahre gekommenen Technik (z. B. Festplatten) besteht inzwischen ein Investitionsstau. Dies führt dazu, dass nicht nur defekte Technik, sondern gleichzeitig auch funktionsfähige Technik ausgetauscht werden muss, weil alte und neue Technik nicht kompatibel sind. Die Reparatur bzw. Instandsetzung erfolgt bei Störungen/Defekten, die inzwischen stark zunehmen.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	17
Kapitel:	01
Titel:	531 06
Zweckbestimmung:	Öffentlichkeitsarbeit

Frage/Sachverhalt:

Der Ansatz für die Zeitschrift „der Landtag“ und „plenium online“ einschl. Honorare ist um 31.500 Euro angestiegen. Welches Konzept liegt diesem Anstieg zugrunde?

Antwort der Landtagsverwaltung:

Der Haushaltsentwurf 2013 sah einen Ansatz in Höhe von 130,0 T€ vor. Aufgrund des Änderungsantrages der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW (Umdruck (18/646) wurde der Ansatz um 31,5 T€ abgesenkt. Verbunden mit der Absenkung bestand das Ziel, die Landtagszeitung auf eine vierteljährliche Erscheinungsweise mit neuem inhaltlichen Schwerpunkt umzustellen.

Zurzeit erfolgt der Übergang von der bisherigen Landtagszeitung zur neuen Erscheinungsform, nämlich als Magazin. Gegenwärtig ist aber noch nicht abschließend absehbar, wie umfangreich das Magazin und die sich daraus ergebenden zukünftigen Druckkosten dauerhaft darstellen werden. Bei den Druckkosten bleibt das noch durchzuführende Ausschreibungsverfahren abzuwarten. Die Ansatzserhöhung wurde daher vorsorglich vorgenommen, um die Umstellung auch haushaltsmäßig auffangen zu können. Ausschreibungssynergien werden bei der Aufstellung für das Folgejahr ansatzmäßig nachgezogen.

Konzeptionell wird sich das Magazin von der bisherigen Landtagszeitung deutlich unterscheiden. Das neu konzipierte Magazin wird zunächst einen Umfang von 24 bis 32 Seiten – bislang 16 Seiten – haben, der erweitert werden kann. Das Magazin wird nicht wie die Landtagszeitung zehn Ausgaben umfassen, sondern vierteljährlich zum Quartalsende erscheinen. Jede Ausgabe soll einen inhaltlichen Schwerpunkt als Haupt- und Titelthema aufweisen. Dies können sowohl aktuelle landespolitische Streitfragen sein als auch grundlegende politikwissenschaftliche und staatsrechtliche Fragestellungen. Bewährte Inhalte (z. B. Abg.-Porträts) bleiben erhalten.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	17
Kapitel:	01
Titel:	534 06
Zweckbestimmung:	Veranstaltungen des Landtages

Frage/Sachverhalt:

Welche Aktivitäten und welches Konzept stehen hinter dem Titel „Parlamentarische Jugendbegegnung zur Kieler Woche“?

Antwort der Landtagsverwaltung:

Das letztmals 2009 durchgeführte „Parlamentarische Treffen zur Kieler Woche“, dessen Adressaten Abgeordnete aus allen Ostsee-Anrainerstaaten gewesen sind, soll ab 2014 durch ein Jugendprojekt ersetzt werden.

Zur Teilnahme eingeladen werden sollen junge, in Verbänden organisierte Menschen aus der südlichen Ostseeregion, die jedoch nicht im Status eines/einer Abgeordneten sein müssen.

Ziel der Begegnung ist es, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer - nach einem gemeinsamen „Warming up“ - eine Stellungnahme etwa für das Parlamentsforum Südliche Ostsee (PSO) erarbeiten zu lassen. So soll gerade unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein gemeinsames Bewusstsein für den Wert der zukunftsbezogenen, Grenzen überschreitenden Zusammenarbeit in der Ostseeregion entwickelt werden.

Organisatorisch ist dabei eine enge Kooperation mit dem Ostsee-Jugendsekretariat und ggf. der Landeszentrale für politische Bildung geplant.

Um die Kosten der Veranstaltung in überschaubarem Rahmen zu halten, ist vorgesehen, den Teilnehmerkreis auf 3 – 4 Jugendliche je Region zu begrenzen. Zudem soll auf den Einsatz von Dolmetschern verzichtet und als Konferenzsprache Englisch festgelegt werden.

Perspektivisch ist vorgesehen, auf PSO-Ebene zu sondieren, inwiefern die parlamentarische Jugendbegegnung künftig auch von anderen Mitgliedsregionen ausgerichtet werden kann.

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	18
Kapitel:	01
Titel:	539 06
Zweckbestimmung:	Maßnahmen zur Vertiefung der politischen Bildung

Frage/Sachverhalt:

Welche Maßnahmen werden gefördert?

Antwort der Landtagsverwaltung:

Es werden alle Maßnahmen gefördert, die der Herausbildung und Fundierung von überparteilichen politischen Informationen und demokratischem Bewusstsein dienen.

Die zukünftige strategische Ausrichtung wird zu gegebener Zeit durch die neue Leitung der Landeszentrale für politische Bildung konkretisiert. Einzelmaßnahmen sind zurzeit in der Endabstimmung

Fragen der

	CDU
	SPD
x	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
	Piraten
	SSW

Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	15
Kapitel:	01
Titel:	812 03
Zweckbestimmung:	Erwerb von Geräten und Ausstattungsgegenständen

Frage/Sachverhalt:

Worauf ist der Anstieg des Ansatzes um 140 TEUR zurückzuführen?

Antwort der Landtagsverwaltung:

Die Beschaffungen im investiven Bereich lassen sich nur sehr schwer mit Vorjahresveranschlagungen vergleichen, weil sie im Regelfall einmalige individuelle Veranschlagungen darstellen. Die Ansatzserhöhung von 139,7 T€ gegenüber dem Vorjahr lässt sich somit auch nicht konkret in Bezug zu Einzelmaßnahmen bringen.

Die für 2014 geplanten Einzelmaßnahmen sind in den Erläuterungen detailliert dargestellt. Ergänzend hierzu noch folgende Angaben: Die veranschlagten Installations-Switche waren bereits im Haushalt 2012 veranschlagt, wegen der internen Diskussion zur Neuausrichtung der internen IT-Struktur wurde die Realisierung aber ausgesetzt. Der Ansatz für die IT-Security ist zu differenzieren in Beschaffung, Lizenzen, Wartung, Audits.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	51103
Zweckbestimmung:	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

Frage/Sachverhalt:

Um die Bereitstellung und Pflege welcher Software handelt es sich dabei?
Auf welcher vertraglichen Grundlage kommt es zu dem starken Rückgang der Telefongebühren?

Antwort der Landtagsverwaltung:

Die Veranschlagung ist für die Bereitstellung und Pflege u. a. folgender Software vorgesehen:

- Streaming
- AHR-Verträge (Wartungs- und Supportverträge für die Infrastruktur während des Parallelbetriebes)
- SMS2eMail
- eMail2Fax
- ePlenarprotokoll
- ePetition, Wartung
- Citrix, Wartung
- adressBLUE
- raum für raum, MediaDialog
- FKS-Raumdrucker
- InDesign, V6.0, Adobe Creativ-Suite (Erstellung von Printmedienvorlagen)

Die Begründung für die Absenkung der Telefongebühren ergibt sich aus dem Übergang in das Sprach- und Datennetz Schleswig-Holstein. Für 2014 sind lediglich anteilige Telefongebühren für den Parallelbetrieb im Kap. 0101 veranschlagt. Die Telefongebühren werden zukünftig über den Einzelplan 14 abgedeckt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	52601
Zweckbestimmung:	Gerichts- und ähnliche Kosten

Frage/Sachverhalt:

<p>Wieso sind die geplanten Ausgaben weiterhin hoch?</p> <p>Welche Verfahren sind derzeit noch anhänglich?</p> <p>Die Beendigung welcher Verfahren war ursprünglich für das Jahr 2013 vorgesehen und wird nun weiterhin durch diesen Titel abgedeckt?</p> <p>Wie hoch sind die bisherigen Ist-Ausgaben für das Jahr 2013?</p>

Antwort der Landtagsverwaltung:

<p>Veranschlagt sind neben den „Grundkosten“ in Höhe von 15,0 T€ die Kosten für zwei Verfahren vor dem Landesverfassungsgericht (60,0 T€). Bei der Veranschlagung erfolgte eine Absenkung um 30,0 T€</p> <p>Vor dem Landesverfassungsgericht sind zurzeit keine Verfahren mehr anhängig. Im Bereich des Verwaltungsjustiziariats sind Verfahren anhängig; aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine detaillierte Beantwortung der Frage nicht möglich.</p> <p>Die Beendigung der einzelnen Verfahren lässt sich nicht genau vorhersehen. Es ist davon auszugehen, dass es bei einigen Verfahren erst im nächsten Jahr zum Abschluss kommen wird.</p> <p>Die Ist-Ausgaben für das lfd. Jahr betragen zurzeit 52,6 T€ (Stand 30.09.2013), allerdings sind die Prozessvertretungen noch nicht gänzlich abgerechnet.</p>
--

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	
Kapitel:	01
Titel:	53106
Zweckbestimmung:	Öffentlichkeitsarbeit

Frage/Sachverhalt:

Wie kommt es zu dem Anstieg bei der Zeitschrift „Der Landtag“ und „plenum-online“ einschließlich Honorare von 31.500 Euro im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013?

Antwort der Landtagsverwaltung:

Der Haushaltsentwurf 2013 sah einen Ansatz in Höhe von 130,0 T€ vor. Aufgrund des Änderungsantrages der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW (Umdruck (18/646) wurde der Ansatz um 31,5 T€ abgesenkt. Verbunden mit der Absenkung bestand das Ziel, die Landtagszeitung auf eine vierteljährliche Erscheinungsweise mit neuem inhaltlichem Schwerpunkt umzustellen.

Zurzeit erfolgt der Übergang von der bisherigen Landtagszeitung zur neuen Erscheinungsform, nämlich als Magazin. Gegenwärtig ist aber noch nicht abschließend absehbar, wie umfangreich das Magazin und die sich daraus ergebenden zukünftigen Druckkosten dauerhaft darstellen werden. Bei den Druckkosten bleibt das noch durchzuführende Ausschreibungsverfahren abzuwarten. Die Ansatzserhöhung wurde daher vorsorglich vorgenommen, um die Umstellung auch haushaltsmäßig auffangen zu können. Ausschreibungssynergien werden bei der Aufstellung für das Folgejahr ansatzmäßig nachgezogen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	
Kapitel:	03
Titel:	42801
Zweckbestimmung:	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Frage/Sachverhalt:

Können die Mittel aus diesem Titel auch verwendet werden, um im Zuge einer Kooperation mit z.B. Jobcentern, der Bundesagentur für Arbeit oder Trägern der Sozialhilfe deren Arbeitnehmer aus dem jeweiligen Bereich vorübergehend als Personal zur Bürgerbeauftragten im Sinne eines Praxisaustauschs abzuordnen und dies gegenüber dem jeweiligen Arbeitgeber auszugleichen?

Antwort der Landtagsverwaltung:

Die veranschlagten Haushaltsmittel (= Haushaltsansatz) sind zur Deckung der Personalkosten des eigenen Personals notwendig, die auf entsprechenden Stellen (s. Stellenplan) geführt werden. Stellen oder Haushaltsmittel für abgeordnetes Personal anderer Arbeitgeber sind bisher nicht veranschlagt.

Die Form der beschriebenen Personalverstärkung wird im Übrigen nicht angestrebt.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	
Kapitel:	04
Titel:	52701
Zweckbestimmung:	Dienstreisen

Frage/Sachverhalt:

Wie steht die Landesregierung zu der Forderung, diesen Titel angesichts einer steigenden Zahl von Flüchtlingen aus Krisengebieten innerhalb und außerhalb der EU wieder auf das Niveau von 2012, also 1.900 Euro, zu erhöhen?

Antwort der Landtagsverwaltung:

Bei dem Titel beträgt das Haushaltssoll seit 2011 konstant 1,3 T€ Im laufenden Haushaltshaltsjahr kann es zu höheren Ausgaben kommen, wie zuletzt im Haushaltsjahr 2012 mit einem Gesamt-Ist in Höhe von 1,9 T€ Die entsprechenden Mehrausgaben werden innerhalb des bestehenden Budgets I ausglich.

Die Dienststelle versucht die erforderlichen Dienstreisen auf das notwendige Maß zu beschränken, wobei eine detaillierte Planung nicht möglich ist. Zur Reduzierung der Reisekosten wird bereits jetzt darauf gedrungen, dass viele Treffen bzw. Gremienarbeit in Kiel stattfinden.

Die Haushaltsmittel sind vom Grundsatz zu gering veranschlagt; eventuell entstehende Mehrausgaben lassen sich aber durch Einsparungen innerhalb des Budgets I decken.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	
Kapitel:	04
Titel:	52901
Zweckbestimmung:	Zur Verfügung der Flüchtlingsbeauftragten oder des Flüchtlingsbeauftragten

Frage/Sachverhalt:

Welche Kosten soll der Beauftragte in einem Jahr in Höhe von 200 Euro begleichen?

Antwort der Landtagsverwaltung:

Die veranschlagten Ausgaben sind insbesondere für die Bewirtung von Gästen der Flüchtlingsbeauftragten oder des Flüchtlingsbeauftragten vorgesehen.

Fragen der

	CDU
	SPD
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	FDP
X	PIRATEN
	SSW

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein zum Haushaltsentwurf 2014

Einzelplan:	01
Seite:	
Kapitel:	04
Titel:	53102
Zweckbestimmung:	Öffentlichkeitsarbeit

Frage/Sachverhalt:

Gewährleistet der Titelansatz eine auskömmliche Finanzierung, um mehrsprachige Publikationen (zur Information für Flüchtlinge und Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen) erstellen zu können? In welcher Höhe müsste er angepasst werden?

Antwort der Landtagsverwaltung:

Trotz der umfangreichen Aufgaben der hiesigen Dienststelle, nämlich den gesamten Bereich Migration, Integration und Flüchtlinge abzudecken, wird sehr sparsam mit den Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit umgegangen. In der Vergangenheit haben diese auch immer ausgereicht, wenn auch vieles eigentlich Notwendige und Wünschenswertes nicht finanziert werden konnte. Zuständig für das Erstellen von Publikationen für die in der Landesunterkunft oder dezentral untergebrachten Asylsuchenden ist nicht die Dienststelle des Beauftragten, sondern vom Grundsatz die zuständigen Betreuungsverbände.

Sollte politisch gewünscht sein, dass die hiesige Dienststelle auch Publikationen erstellt, die sich direkt an betroffene Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge wendet, wäre der Haushaltsansatz nicht ausreichend.